

Bündnis 90/Die Grünen
Manuel Hummel
Bundestagskandidat im Wahlkreis 273 - Rastatt
Hindenburgstr. 1
76437 Rastatt
Tel. 07222/1658388 oder 01577-3582585
manuel.hummel.eu

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu Ihren Fragen und meinen Antworten eine paar einleitende Worte:

Aufgrund meiner Biografie (pflegender Ehemann, früh verwitwet, alleinerziehend, lange Zeit nur prekär oder teilzeitbeschäftigt, s. manuel-hummel.eu) kann auch ich nur mit einer äußerst schmalen gesetzlichen Rente rechnen, die bei weitem nicht meine Lebenshaltungskosten decken wird. Deshalb habe ich sämtliche Möglichkeiten der Zusatzvorsorge genutzt bzw. nutzen müssen, die einen weiteren Baustein in meiner Altersabsicherung darstellen könnten. In wie weit diese Strategie erfolgreich ist und wie verlässlich die einzelnen Bausteine sind (insbesondere falls ich sehr alt oder/und pflegebedürftig werden sollte), wird sich erst zeigen, wenn es so weit ist. Bereits jetzt zeichnet sich jedoch ab, dass meine Investitionen in die Riester-Rente zwar der Versicherungsgesellschaft, aber nicht mir selbst zugute kommen. Eine Altersabsicherung durch Sachwerte bietet zwar langfristig große Chancen, birgt aber stets das Risiko, dass das Geld nicht zur Verfügung steht, wenn man es braucht. Die gesetzliche Rentenversicherung ist und bleibt für mich deshalb der unverzichtbare Kern der Altersabsicherung.

Wenn aber innerhalb des bisherigen Systems einer beitragsfinanzierten Rente immer weniger BeitragszahlerInnen für immer mehr RentnerInnen aufkommen müssen, gibt es nur die drei Möglichkeiten: das Eintrittsalter heraufzusetzen, die Renten zu kürzen oder die Beiträge zu erhöhen. Es soll Menschen geben, die alle drei Maßnahmen ablehnen ...

Ich persönlich setze mich für ein bedingungsloses Grundeinkommen ein - nicht nur für RentnerInnen, sondern für alle Menschen. Insofern greifen Ihre Fragen zu kurz. Auch ihnen liegt letztlich die Annahme zugrunde, dass, wer nicht gearbeitet hat, auch nicht essen soll. Ein Grundeinkommen steht nach meiner Überzeugung aber jedem Menschen zu - einfach deshalb, weil er ein Mensch ist, und die Würde des Menschen unantastbar.

Vor diesem Hintergrund bitte ich meine Antworten zu sehen.

Freundliche Grüße
Manuel Hummel

Frage 1: Lebensstandard im Alter sichern: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die gesetzliche Rentenversicherung wieder das ursprüngliche Ziel bekommt, den Lebensstandard im Alter zu sichern und dazu das Rentenniveau auf einen Stand anzuheben, wie er vor 1990 erreicht war?

Teilweise

Ja zu Ziel 1 (Lebensstandard sichern)

Ziel 2 (Niveau wie vor 1990) stellt für mich keine sinnvolle Meßlatte dar.

Das Rentenkonzept der Grünen sieht eine steuerfinanzierte Garantierente vor. Wer viele Jahre Beiträge bezahlt hat, darf nicht unter die Armutsgrenze fallen.

Frage 2: Altersarmut verhindern: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Staat wirksame Maßnahmen ergreift, die Altersarmut verhindern?

Ja. Dass Menschen - nicht nur im Alter - ein gutes und selbstbestimmtes Leben führen können, ist für mich eine Frage der Gerechtigkeit. Eine gute Bezahlung der ArbeitnehmerInnen ist die erste Voraussetzung für eine gute Rente. Gerade in Deutschland ist aber die Lohnentwicklung in den letzten 15 Jahren zurückgeblieben. Insbesondere Frauen, Ältere und gesundheitlich beeinträchtigte Personen wollen wir so absichern, dass sie im Alter gut leben können. Ihnen einen besseren Zugang zu Erwerbsarbeit zu ermöglichen, mit einem Einkommen, das zum Leben reicht, ist für uns vordringlich. Wer aus rein medizinischen Gründen eine Erwerbsminderungsrente bezieht, darf nicht durch Abschläge bestraft werden. Zudem muss die Grundsicherung im Alter auf einen Betrag angehoben werden, der Teilhabe tatsächlich möglich macht.

Die Anhebung des Rentenniveaus allein kann aber nicht zuverlässig vor Altersarmut schützen, insbesondere nicht jene Beschäftigten, die niedrige Entgelte oder brüchige Erwerbsbiographien haben. Die von uns vorgeschlagene Garantierente würde derzeit rund 900 € betragen und könnte das Existenzminimum in der Regel sichern.

Frage 3: Erwerbstätigenversicherung: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die verschiedenen gesetzlichen Altersversorgungssysteme zu einer solidarischen Rentenversicherung zusammengefasst werden, in die alle Erwerbstätigen einzahlen?

Ja.

Ich möchte nicht nur in der Renten-, sondern auch in der Kranken- und Pflegeversicherung eine Bürgerversicherung, in die sämtliche Einkünfte (also nicht nur Erwerbseinkünfte!) einbezogen werden.

Frage 4: Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung stärken: Werden Sie sich dafür einsetzen, die finanzielle Basis der gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken, indem z.B. sämtliche nicht beitragsgedeckte Leistungen aus Steuermitteln kompensiert werden und Förderungsbeträge zur privaten Rentenversicherung zukünftig zur Finanzstärkung der gRV umgeleitet werden?

Ja

Versicherungsfremde Leistungen der Rentenkasse müssen grundsätzlich vom Verursacher kompensiert werden. Die gesetzliche Rente darf kein Steinbruch für soziale Maßnahmen sein, so sinnvoll sie im einzelnen sein mögen. Darüber hinaus sieht das grüne Konzept für eine Garantierente ohnehin die Mitfinanzierung durch Steuern vor. Bei den Förderbeiträgen der Rentenversicherung sollen zu jeder Zeit freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Säule entrichtet werden können, die dann entsprechend zur Riester-Förderung gefördert werden. Eine Förderung der privaten Altersvorsorge halte ich aber dennoch weiterhin für sinnvoll, wenn sie wirklich den EinzahlerInnen zugute kommt und nicht von Finanzdienstleistern abgegriffen wird.

Frage 5: Rentenpolitische Fehler korrigieren: Werden Sie sich dafür einsetzen, fehlerhafte rentenpolitische Entscheidungen zu korrigieren, insbesondere: Riester-Rente, nachgelagerte Besteuerung (z.B. durch höhere Freibeträge), doppelte bzw. nachträgliche Verbeitragung in die Kranken-/Pflegeversicherung, Privatisierung der Berufsunfähigkeitsrente, Zwangsverrentung von Hartz-IV-Empfängern, die immer noch nicht erfolgte Gleichstellung von Ost- zu West-Renten?

Teilweise.

Die Riester-Rente ist grundlegend zu reformieren und ein einfaches, kostengünstiges und sicheres Basisprodukt einzuführen, das als öffentlich verwaltetes Produkt neben die bereits bestehenden Vorsorgeangebote treten soll.

Die Besteuerung auch von Renten wie von allen Einkommensarten ist richtig und gerecht, wenn die Beiträge zuvor steuermindernd gewirkt haben. Die Frage der Höhe von Freibeträgen gilt für alle SteuerzahlerInnen, nicht nur für RentnerInnen. Es sollte nicht übersehen werden, dass es auch BezieherInnen von hohen Renten und mit sehr hohen weiteren Einkünften gibt!

Wir Grüne fordern die Abschaffung der Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente, wenn der Zugang aus rein medizinischen Gründen erfolgte.

Die Zwangsverrentung lehnen wir komplett ab.

Bei der Renteneinheit sind wir die einzige Partei, die sofort eine komplette Vereinheitlichung zwischen Ost und West fordert. Drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung sollte es keine Ost-/West-Unterschiede mehr geben.